

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 23. September 2010 11:58
An: markus.koza@ug-oegb.at; christine.rudolf@kiv.at; oepa@oepa.or.at; amakowka@eh-freiburg.de; forum@alpbach.org; msmahel@hotmail.com; reinhart.sellner@blackbox.ne; michaela.zlamal@wien.gv.at
Betreff: Sammelmeldung 23.09.2010
Anlagen: Aufruf zur Demo und Kundgebung_01.10.2010_Druckversion.pdf; oepa einladung email-8.10.10.pdf; Fachtag_Praxisforschung_PFK.PDF; Tagungskonzept_TeilnehmerInnen.doc.pdf; EINLADUNG Enquete 7_Okt_2010.pdf

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst<http://www.Plattform-EduCare.org>informationsdienst@Plattform-EduCare.org<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>**SAMMELMELDUNG****WICHTIGE DOKUMENTE ZUM DOWNLOAD**

- [Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.](#)
- [Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009](#)
- [Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009](#)
- [Modul für das letzte Jahr in elementaren Bildungseinrichtungen](#)
- [Leitfaden für die häusliche Betreuung sowie die Betreuung durch Tageseltern](#)
- [Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich](#)
- [Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 23.09.2010 11:57:38

MEINUNG

Die "Folklore-Demokratie" kostet zu viel! Verwaltungsreform. Solange die Bundesländer in ihrer derzeitigen Form und Machtfülle existieren, ist dieses Land nicht reformierbar. Die Rechnung beglichen Steuerzahler und in Entwicklung gebremste Unternehmen

TOP-THEMA

Kundgebung/Demonstration am 1. Oktober 2010 für Sozial- und Bildungsmilliarde: "Achtung! Kröten-Wanderung!" - Zahlreiche Betriebsratskörperschaften, Initiativen und Interessensvertretungen aus Sozial- und Bildungsbereich fordern: Her mit der Sozialmilliarde! Her mit der Bildungsmilliarde

Wir fordern Respekt für die Beschäftigten im Sozial- und Bildungsbereich!

Budgetkonsolidierung raubt Zukunft!

Her mit den 'Kröten' - Her mit der Sozialmilliarde! Her mit der Bildungsmilliarde!

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009

Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009
Modul für das letzte Jahr in elementaren Bildungseinrichtungen

Leitfaden für die häusliche Betreuung sowie die Betreuung durch Tageseltern

Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich

Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu

BILDUNGSPOLITIK

Kuntzl zu Budgetkonsolidierung: Spielräume erarbeiten und für Bildung und Forschung nutzen

UGöD: 'Konjunkturvorbehalt' gegen Budgetrahmenplan der Bundesregierung geltend machen!

Grüne fragen Pröll nach Kürzungsplänen in der Bildung

Bildungsbudget: Pröll schweigt Studikurier

Budget-Seifenoper statt Gruselschocker DiePresse.com

Alle 14 Artikel »

BM:UKK / BMWF

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

TIMSS – Schülerleistungen in der Volksschule (Mathematik und Naturwissenschaften) - Neue BIFIE-Analysen zu den TIMSS-Daten 2007 im nationalen Expertenbericht

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

„Geschichtenbox" für Schulen und Kindergärten

BURGENLAND

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen:

An NÖ Schulen soll "Forschergeist" bei Kindern geweckt werden

OBERÖSTERREICH

Meldungen:

Stadt betreibt Kindergarten mit englischsprachiger Betreuung

Auch auf LRin Hummer wartet Ärger mit den Kindergärten

SALZBURG

Meldungen:

Auszeit durch integrative Kinderbetreuung

Innovative Umsetzung des BildungsRahmenPlans in Salzburg

Stärkere Förderung der überbetrieblichen Kinderbetreuung

STEIERMARK

Meldungen: keine

TIROL

Meldungen: keine

VORARLBERG

Meldungen: keine

WIEN

Meldungen:

"Tierschutz macht Schule" im Kindergarten

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Kein Kinderspiel - Kinderpädagogen gesucht

„Chance“ für Quereinsteiger

Führungspositionen

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Seit 17. September 2010 sind die am 24. Juni 2010 beschlossene Novelle des Wiener Antidiskriminierungsgesetzes und das neue geschaffenen Wiener Chancengleichheitsgesetz als Landesgesetzblatt veröffentlicht.

"Inklusion ist eine pädagogische Herausforderung auf hohem Niveau"

KINDERBETREUUNG

Grüne fordern rotschwarzes Ja zu mehr Kinderbetreuung und Papamonat

Binder-Maier: SPÖ kämpft weiter für Bundesmittel bei Kinderbetreuung

Zivildienstler können zur Polizei und zB in der Kinderbetreuung eingesetzt werden

Hamburg: Volksinitiative für kostenlose Kinderbetreuung gestartet

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

[Neues Fachdidaktikzentrum Religion an Uni Graz gegründet - Kooperationsprojekt soll helfen "Fachdidaktik in der Lehrerbildung zu stärken"](#)

[Kinder und Kindheit - Ringvorlesung der Uni Graz beleuchtet Bildung, Erziehung und Familie](#)

PARLAMENTSMELDUNGEN

[Nationalrat diskutiert über Familienpolitik - Familienbericht 1999 - 2009 als Grundlage](#)

→ [Familienbericht:](#)

[Band I](#)



[Band II](#)



[Österr. Familienbericht auf einen Blick](#)



PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

[Plattform EduCare bietet neues Service: Elementarpädagogische Datenbank](#)

VORSCHULE

[Vorstoß gegen die Vorschule](#)

→ [Siehe auch: TIMSS – Schülerleistungen in der Volksschule \(Mathematik und Naturwissenschaften\) - Neue BIFIE-Analysen zu den TIMSS-Daten 2007 im nationalen Expertenbericht](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Wege aus der Kinderarmut - Kinder in Alleinerziehenden-Familien](#)

[Fachtag „Praxisforschung in der Frühpädagogik“. Forschung in der Praxis ... mit der Praxis ...für die Praxis?](#)

[Symposium "Tür an Tür: Vergleichende Aspekte zu Schweiz, Liechtenstein, Österreich und Deutschland"](#)

[Reifeprüfung NEU: mehr Gerechtigkeit – weniger Vielfalt, bessere Vergleichbarkeit – geringerer Anspruch? - Teil 1: Die Aufgabenstellungen in den lebenden Fremdsprachen](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Die "Folklore-Demokratie" kostet zu viel! Verwaltungsreform. Solange die Bundesländer in ihrer derzeitigen Form und Machtfülle existieren, ist dieses Land nicht reformierbar. Die Rechnung beglichen Steuerzahler und in Entwicklung gebremste Unternehmen

Neulich am Telefon: Ein sehr prominentes SPÖ-Mitglied beklagt sich über den Reformstau im Lande und wundert sich darüber, dass „alle regungslos zuschauen, wie der Häupl (Wiener Bürgermeister, Anm.) und der Pröll (niederösterreichischer Landeshauptmann, Anm.) unsere Zukunft verspielen“.

Neulich bei einem ÖVP-Fest: Ein sehr prominentes ÖVP-Mitglied wundert sich darüber, wie sich Kanzler und Vizekanzler von den Landesfürsten „vorführen“ lassen. Und wischt den Hinweis auf die viel zitierte österreichische Realverfassung mit der Bemerkung weg, das sei schlicht „Feigheit“. Denn die Gesetzeslage gebe ihnen sehr wohl die Möglichkeit, sich gegen die Länder durchzusetzen. Die innerparteilichen Machtstrukturen freilich ...

Unnötig zu sagen, dass die beiden nicht aus dem (in Regierung und Parlament weit überproportional vertretenen) geschützten Sektor kommen. Sondern aus der Wirtschaft. Und deshalb die sündteuren Absurditäten des österreichischen Föderalismus am eigenen Leib zu spüren bekommen. Und noch mehr zu spüren bekommen werden: Die eiserne Reformblockade der Bundesländer, der Luxus von neun gesetzgebenden Landtagen in einem Land von der halben Größe Bayerns und mit der Bevölkerungszahl einer mittleren chinesischen Großstadt verursachen schließlich Ineffizienzen im Volumen eines zweistelligen Euro-Milliardenbetrages. Die lassen sich aus den oben genannten Gründen (Feigheit, innerparteiliche Machtstrukturen, Realverfassung) nicht heben. Die notwendige Budgetsanierung wird also überwiegend über eine weitere Belastung der Steuerzahler geschehen. Und damit klarerweise nicht nachhaltig sein. Das geht nämlich nur über strukturelle Einsparungen.

Sehr zum Schaden der ohnehin angeschlagenen Wirtschaft, wie etwa der Staatsschuldenausschuss in seinen jüngsten Empfehlungen zum Budget festgestellt hat. Dort heißt es, die „fehlende politische Konsensbildung“ über längst ausgearbeitete Lösungsvorschläge (etwa in den Bereichen Verwaltungseffizienz, Schulwesen, Beamtenpensionsrecht, Förderwesen und Gesundheitswesen) Sorge dafür, dass sich „der Konsolidierungsdruck zunehmend auf jene Bereiche überträgt, die zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen“.

Mit anderen Worten: Diejenigen, die den wild gewordenen Föderalismus-Zirkus finanzieren, werden von diesem auch noch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt.

Wenn das das Ergebnis der österreichischen „Realverfassung“ ist, dann gute Nacht. Dann gehört diese Realverfassung möglichst schnell geändert. Der Staatsschuldenausschuss formuliert das so: Ohne „Kraftanstrengung der politischen Entscheidungsträger“, die zu einem „Durchbruch bei der institutionellen und kompetenzrechtlichen Neuordnung bei den Gebietskörperschaften“ führt, „kann die Qualität der öffentlichen Finanzen nur rudimentär verbessert werden“.

Man kann es auch anders, ein bisschen spitzer, formulieren: Solange es die Bundesländer in der derzeitigen Form gibt, ist dieses Land nicht reformierbar.

Das lässt sich bei der Schulorganisationsreform sehr gut beobachten: Alles, was jetzt diskutiert wird – Abschaffung der Bezirks- und Landesschulräte, Optimierung der Schulverwaltung durch klare, dreistufige Struktur mit Landes-Schuldirektionen –, steht genau so bereits in einer „politischen Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur Verwaltungsreform II“ vom 15. November 2005. Vereinbart ist

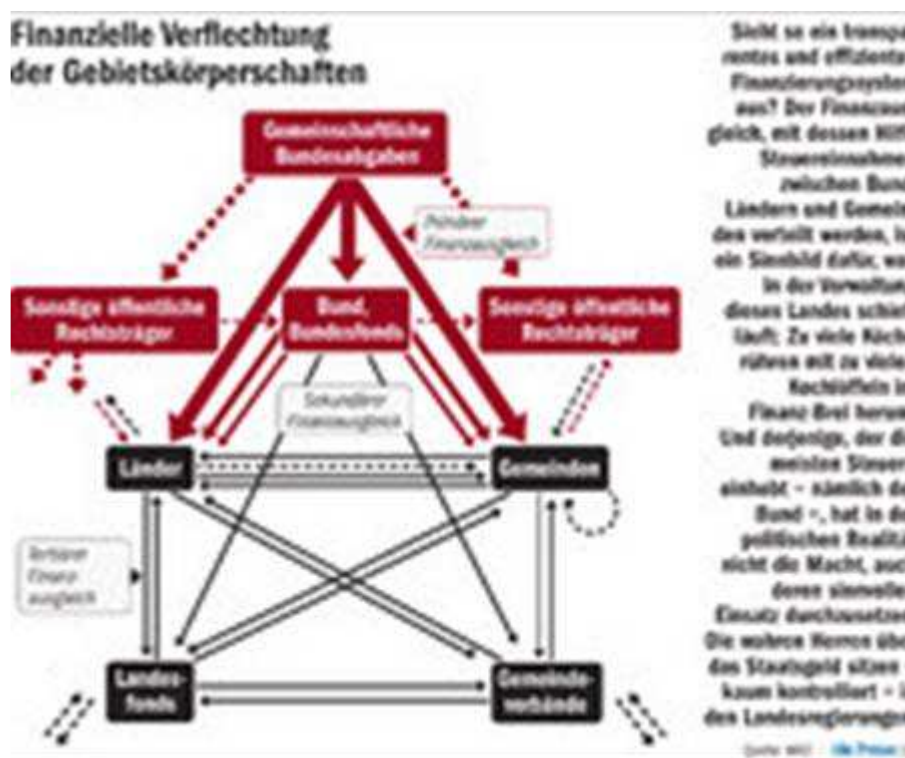
hier auch, „bis spätestens Jahresende 2006 ein Konzept zu finalisieren“. Und? Wo stehen wir jetzt, im Jahr 2010? Dort, wo wir schon 2005 waren.

Das wird nichts. Die einzige Möglichkeit, diesen staatsbedrohenden Reformstau (der sich ja leider nicht auf den Schulbereich beschränkt) aufzulösen, ist, wie gesagt, die blockierende Ebene wegzubekommen. Das hieße Abschaffung der Bundesländer – und geht in dieser Form so ganz und gar nicht. Denn Kärntneranzug, Tirolerhut und Steirergwand sind heilig.

Aber man kann die Bundesländer „entkernen“. Vorschläge dafür gibt es ja. Aus den Bundesländern übrigens. Etwa vom ehemaligen steirischen Landesrat Gerhard Hirschmann, der seit Jahren immer wieder meint, dass die heimische „Folklore-Demokratie“ in den Ländern zu teuer sei. Er plädiert für eine Abschaffung der Landesräte. Die könnten durch (nicht gesetzgebende) Landesversammlungen ersetzt werden, an deren Spitze ein Landeshauptmann steht, der kompetenzmäßig freilich nur noch die Agenden eines besseren Grüßaugusts hätte: Die Landesversammlung könnte nur noch „Petitionen“ an die Bundesregierung beschließen.

Die Verwaltung könnte in drei Regionen zusammengefasst werden. Der Schmach mit der „Bürgernähe“ der Länder funktioniert hier nämlich ohnehin nicht: Das können die Bezirkshauptmannschaften besser. Für eine einheitliche Landesgesetzgebung (die verhindert, dass etwa Fertighaushersteller im Minimarkt Österreich neun verschiedene Versionen auf den Markt bringen müssen), könnte ein aufgewerteter Bundesrat sorgen.

Das alles würde den Bundesländern ihre offenbar wichtige Identität belassen, aber Milliarden einsparen und gleichzeitig den Weg für eine wirkliche Verwaltungsreform frei machen. Vielleicht sollten Kanzler und Vizekanzler beim Steuererfinden einmal kurz innehalten und darüber nachdenken.



(Josef Urschütz, "Die Presse", Print-Ausgabe, 23.09.2010)

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/596449/index.do>

TOP-THEMA

Kundgebung/Demonstration am 1. Oktober 2010 für Sozial- und Bildungsmilliarde: "Achtung! Kröten-Wanderung!" - Zahlreiche Betriebsratskörperschaften, Initiativen und Interessensvertretungen aus Sozial- und Bildungsbereich fordern: Her mit der Sozialmilliarde! Her mit der Bildungsmilliarde

Wien (OTS) - Unter dem Motto "Achtung: Kröten-Wanderung!" rufen die Unabhängigen GewerkschafterInnen gemeinsam mit zahlreichen BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen, NGOs, StudentInnen, LehrerInnen, GewerkschafterInnen und Betroffenen aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich im Rahmen einer offenen Plattform für den 1. Oktober 2010 zur Demonstration auf. Unter den Aufrufenden sind bislang u.a. die ÖH Bundesvertretung und Uni Wien, die StudentInnen-Protestbewegungen Linkes Hochschulnetzwerk und Unibrennt, das "Kollektiv Kindergartenaufstand", das Netzwerk der Österreichischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen, die Asylkoordination sowie die Betriebsratskörperschaften der Lebenshilfe Wien, des ÖHTB, der Volkshilfe Beschäftigung, des Vereins Wiener Jugendzentren und des Vereins für Wiener Kinder- und Jugendbetreuung, der Gewerkschaftsausschuss des Amtes für Jugend und Familie in Wien, der Betriebsrat der wieder wohnen GmbH - eine Tochter des Fonds Soziales Wien oder die Konzernbetriebsräte der Caritas Socialis, der Diakonie und zahlreiche in den betroffenen Bereichen aktive Beschäftigte, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. Als erste Gewerkschaft ruft die Vida über ihre Homepage zur Krötenwanderung auf.

Mit der Demonstration am 1. Oktober fordern die aufrufenden Organisationen und AktivistInnen einmal mehr massive Investitionen in Soziale Dienste und Gesundheit sowie Bildung - Stichwort Sozialmilliarde, Stichwort Bildungsmilliarde - statt einer Budgetkonsolidierung mit dem Rasenmäher, quer über alle Bereiche. "Es ist schlichtweg unzumutbar, dass die Kosten die der Gesellschaft durch die Wirtschaftskrise entstanden sind, gerade jene Bereiche tragen sollen, die für die Krise definitiv nicht verantwortlich und ohnehin seit Jahren notorisch unterfinanziert sind. Gegen drohende Einsparungsmaßnahmen - für ohnehin längst überfällige Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit - dafür demonstrieren wir. Und es wird mit Sicherheit nicht der letzte Protest im heißen Herbst gewesen sein." so Christine Rudolf, politische Sekretärin der KIV/UG in der GdG-KMSfB und Mitorganisatorin der "Krötenwanderung" zu den Beweggründen für die Protestkundgebung.

Wir fordern Respekt für die Beschäftigten im Sozial- und Bildungsbereich!

Eine Protestbewegung die den Bildungs- und Sozialbereich umfasst, bietet sich an: "Sowohl der Bildungs- als auch der Sozialbereich leisten einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand. Beschäftigte im Sozialbereich - ob in Pflege, Betreuung oder Beratung und Hilfe - leisten vielfach psychische wie physische Schwerstarbeit unter schlechten Einkommens- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeit im Bildungsbereich - von Kinderkrippen bis zu den Universitäten - kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Sozial- und Bildungsbereich erzeugen einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert und leisten einen zentralen Beitrag zu gesellschaftlicher Integration, Partizipation und Chancen. Wir fordern Respekt und einen respektvollen Umgang für die Beschäftigten in diesen Bereichen. Wer MindestsicherungsbezieherInnen zu sozialer Arbeit verpflichten will, geht nicht nur mit den Ärmsten in unserer Gesellschaft respektlos um, sondern auch mit den Beschäftigten in der Sozialwirtschaft," kritisiert Rudolf. "Wenn Bezahlung und Arbeitsbedingungen Ausdrücke für Wertschätzung von Arbeit sind, dann kann der herrschenden Politik nur Verachtung für die Beschäftigten im Sozial- und Bildungsbereich unterstellt werden. Das ist inakzeptabel, dagegen setzen gerade wir als GewerkschafterInnen uns zur Wehr. Soziale- und Bildungsarbeit ist mehr Wert!"

Budgetkonsolidierung raubt Zukunft!

Markus Koza, Bundessekretär der AUGÉ/UG erinnert: "Auf Bundesebene sollen alleine in den Bereichen Soziales und Familie 2011 rund 935 Millionen Euro eingespart werden, davon fast 125 Millionen im Bereich Arbeitsmarkt, 86 Millionen bei Soziales und KonsumentInnenenschutz - worunter auch das Pflegegeld fällt - und rund 235 Millionen bei Familie und Jugend. Im Bereich Unterricht und Kultur alleine 2011 fast 112 Millionen Euro, bei den Universitäten fast 50 Millionen Euro. Bis 2014 sollen im Bereich Soziales und Familie rund 2 Milliarden Euro eingespart werden, im Bereich Unterricht, Kunst und Kultur 234 Mio. Euro, im Bereich Wissenschaft und Forschung 101 Millionen Euro. Trotz sich erholender Konjunktur, trotz zu erwartender Mehreinnahmen aus Steuern soll an diesem Sparkurs festgehalten werden, ein Sparkurs der gesellschaftspolitisch unverantwortlich und ökonomisch kurzfristig ist. Denn wie zahlreiche Untersuchungen immer wieder zeigen, rechnen sich gerade Investitionen in Bildung und Soziales und schaffen ein Vielfaches an gesellschaftlichen Mehrwert."

Her mit den 'Kröten' - Her mit der Sozialmilliarde! Her mit der Bildungsmilliarde!

"Kröten" seien schon genug gewandert - allerdings in die falsche Richtung: "Milliarden sind in Bankenrettungspakete - ohne entsprechend strenge Auflagen oder Bedingungen - und in teilweise zweifelhafte Konjunkturpakete - wie etwa die Steuerreform, von der einkommensstarke Gruppen überproportional profitiert haben - geflossen. Nun müssen "Kröten" dorthin wandern, wo tatsächlich gesellschaftlicher Wohlstand geschaffen wird, wo zentrale

gesellschaftliche Herausforderungen liegen, allerdings dennoch finanzieller Notstand herrscht - in Bildung und Soziales und Gesundheit. Wir wollen, dass das Budget nach verhandelt wird, dass jene zur Kassa gebeten werden, deren Eigentum und Vermögen großzügig durch Steuergelder gerettet worden ist, und aus entsprechenden Einnahmen großzügige Investitionen in den Bildungs- und Sozialbereich getätigt werden um den Sozial- und Bildungsnotstand zu beheben, " fordert Koza.

Es geht allerdings um mehr als um Geld: "Es geht darum, den Zugang zu Bildung frei und offen zu halten, die Bildungssystem sozial durchlässiger zu gestalten, Lehr- und Lernbedingungen für die unmittelbar Betroffenen zu verbessern und Chancengerechtigkeit herzustellen. Gleichmaßen darf der Zugang zu sozialen Dienstleistungen - von Gesundheit und Pflege bis hin zu Betreuung - keine Frage von Einkommen und Vermögen sein, sondern muss solidarisch finanziert werden. Bildung, Gesundheit, Pflege und Soziale Dienste sind keine Ware, der Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Leistungsangebot darf nicht eingeschränkt, sondern muss erweitert werden. Dass es sich lohnt, für ein starkes, gut ausgebautes, und demokratisches Bildungs- und Sozialsystem zu kämpfen, ist jedenfalls eine zentrale Lehre der Krise. Wir fordern jetzt - vor den Wahlen in Wien und vor den Budgetverhandlungen - ein klares Bekenntnis der Politik zu einem gut ausgebauten, demokratisch organisierten und ausreichend finanzierten Bildungs- und Sozialstaat," schließen Rudolf und Koza.

Die Kundgebung "Achtung! Krötenwanderung" beginnt am Freitag den 1. Oktober 2010 vor dem Haus des Meeres. Die Demonstration führt über die Mariahilfer Straße und die Babenberger Straße zur Akademie der bildenden Künste Wien am Schillerplatz, wo die Schlusskundgebung stattfindet.

Weiterführende Infos zur Demo und den Aufrufenden unter:

<http://www.sozialmilliarde.at>

Rückfragehinweis:

Markus Koza

Tel: 0676/951 27 82

e-mail: markus.koza@ug-oegb.at

Christine Rudolf

Tel.: 0676-3400542

e-mail: christine.rudolf@kiv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Vereinbarung gemäß
Art. 15a B-VG über die

Einführung der
halbtägig kostenlosen
und verpflichtenden
frühen Förderung in
institutionellen
Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bundesländerübergreifender
BildungsRahmenPlan
für elementare
Bildungseinrichtungen
in Österreich -
Endfassung, August
2009

Bildungsplan-Anteil
zur sprachlichen
Förderung in
elementaren
Bildungseinrichtungen
Aktualisierte Version,
Juni 2009

Modul für das letzte
Jahr in
elementaren Bildungseinrichtungen

Leitfaden für die
häusliche Betreuung
sowie die Betreuung
durch Tageseltern

Bildungspläne für
Elementarpädagogische
Einrichtungen in
Österreich

Empfehlungen der
ExpertInnen-Gruppe
vom 18.12.2009 zur
PädagogInnen-
Ausbildung Neu

BILDUNGSPOLITIK

Kuntzl zu Budgetkonsolidierung: Spielräume erarbeiten und für Bildung und Forschung nutzen

Utl.: Österreichisches Bildungssystem muss ein System der Chancengleichheit sein =

Wien (OTS/SK) - "Die jüngsten Prognosen zeigen, dass sich in der wirtschaftlichen Entwicklung eine leichte Entspannung abzeichnet. Wesentlich ist nun die Frage, welche Schlüsse wir daraus ziehen. Wir müssen Spielräume im Budget erarbeiten und diese sinnvoll nutzen", forderte SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl heute, Mittwoch, im Nationalrat. Wichtig sei, dass die Budgetkonsolidierung sozial gerecht passiere und das bedeute, dass gerade im Bildungsbereich gleiche Chancen für alle geschaffen werden müssen, so Kuntzl. ****

"Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die ersten, die dafür eintreten, dass finanzielle Spielräume dazu genutzt werden, um offensive Maßnahmen zu setzen und für die Zukunft zu investieren. Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen da an erster Stelle stehen", betonte die SPÖ-Wissenschaftssprecherin. "Das österreichische Bildungssystem muss ein System der Chancengleichheit sein - vom Kindergarten bis zur Hochschule. Nur das gewährleistet nicht nur die individuelle Weiterentwicklung, sondern auch die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft insgesamt", stellte Kuntzl klar.

Ein gerechtes Bildungssystem sei im Hochschulbereich nicht durch die Einführung von Studiengebühren zu erreichen, sagte die SPÖ-Wissenschaftssprecherin, die betonte, dass die SPÖ diese daher vehement ablehne. "Die Einführung von Studiengebühren wäre der falsche Weg. Das wird es mit uns nicht geben. Ich erwarte mir daher konstruktive Alternativvorschläge", so Kuntzl abschließend. (Schluss)
sc

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

UGöD: 'Konjunkturvorbelt' gegen Budgetrahmenplan der Bundesregierung geltend machen!

Utl.: Unabhängige GewerkschafterInnen fordern gewerkschaftliche Aktivitäten für Nachverhandlung des Finanzrahmenplans 2010-2014 =

Wien (OTS) - Verfassung hin oder her: Die Budgetrede des Finanzministers ist auf Dezember verschoben. Über seine Budgetverhandlungen mit den einzelnen Ressorts weiß niemand nichts Genaues, nur: laut Finanzrahmengesetz 2010 wird Prölls Budgetrasenmäher über alle Ressorts drüberfahren, auch über das für Bildung und Universitäten.

"Der Mangel an Ressourcen hat Ministerin Karl zur ratlos-verzweifelten Ankündigung von drastischen Personaleinsparungen veranlasst, obwohl miserable Studienbedingungen und durchwachsene Forschungsergebnisse zeigen, wie elend es derzeit um Forschung und Lehre bestellt ist," kritisieren Reinhart Sellner und Beate Neunteufel-Zechner vom Vorsitzteam der Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GöD.

"An den Schulen reicht das im Frühjahr beschlossene Globalbudget nicht zur Abdeckung des Personal- und Raumbedarfs für die Einhaltung der KlassenschülerInnenhöchstzahl 25, für die Ausweitung der

Schulversuche zur überfälligen Gesamtschulreform und für großflächigen Ausbau der Ganztagschulen, ebenso wenig ist für das geplante neue Dienstrecht vorgesorgt oder für die Anhebung und qualitative Verbesserung der Ausbildung aller LehrerInnen, die auch eine Anhebung der Einkommen von Volks-, Haupt-, polytechnischen LehrerInnen und SonderpädagogInnen nach sich ziehen würde," so der AHS-Lehrer Sellner weiter.

Zwt.: UGöD für "Konjunkturpaket Bildung" - nachhaltig wirkende Investitionen in Kindergärten, Schulen und Universitäten

In Ministerien und ausgegliederten Betrieben wird bereits die Losung "more for less" propagiert, die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst sollen damit auf mehr Leistung durch weniger Beschäftigte eingestimmt werden. Angst um den Arbeitsplatz bei Vertragsbediensteten und bei befristet oder auf Projektbasis prekär Angestellten wird bereits als Leistungsansporn und als Dämpfer für die anstehenden Gehaltsverhandlungen eingesetzt. Zur Finanzierung von Bankenrettungspaketen, 500 Verbund-Millionen und Steuerprivilegien der Vermögenden wurden die notwendigen Ressourcen für die notwendige Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienste bereits vor den Budgetverhandlungen der einzelnen Ressorts eingespart.

"Zukunftsinvestitionen in Kindergarten, Schule und Universitäten sind in Österreich überfällig, auch aus volkswirtschaftlichen Gründen, weil sie sich nachhaltig "rechnen", weil sie die Arbeitslosigkeit senken und den gerade erst zaghaft einsetzenden konjunkturellen Aufschwung stützen und nicht abwürgen," fordert Neunteufel-Zechner ein Konjunkturpaket Bildung.

Zwt.: GewerkschafterInnen im Nationalrat sollen 'Konjunkturvorbehalt' auch Taten folgen lassen!

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD fordern die ÖGB-Abgeordneten im Nationalrat auf, ihrem Konjunkturvorbehalt, unter dem sie dem Finanzrahmengesetz im Frühjahr zugestimmt haben, Taten folgen zu lassen. Beim Vorsitzenden der GÖD und den KollegInnen des GÖD-Vorstandes haben die beiden Vorsitzenden der UGÖD, Beate Neunteufel-Zechner und Reinhart Sellner die rasche Einberufung der Bundeskonferenz (Zentralvorstand) schriftlich beantragt - zur Beratung gewerkschaftlicher Maßnahmen für Nachverhandlungen des Finanzrahmengesetzes.

Zwt.:Aufruf zu "Krötenwanderung" am 1. Oktober!

"Weil wir Unabhängigen GewerkschafterInnen auf die Antwort der fcg.GÖD nicht wochenlang warten wollen, unterstützen wir die Bewegung 'Machen wir uns stark' und organisieren mit BetriebsrätInnen, aktiven GewerkschafterInnen; Initiativen und unmittelbar Betroffenen aus dem Bildungs- und Sozialbereich für Freitag, den 1. Oktober, die 'Krötenwanderung' - wir rufen auf: Her mit den Bildungs- und Sozialmilliarden! Her mit den 'Kröten!'", schließen Sellner und Neunteufel-Zechner.

Glück auf!

Vorsitzteam der UGöD

Beate Neunteufel-Zechner, Betriebsrätin in der ÖNB - Österreichische Nationalbibliothek

Reinhart Sellner, AHS-Gewerkschafter und ARGE LehrerInnen/GÖD

Rückfragehinweis:

Reinhart Sellner, e-mail: reinhart.sellner@blackbox.net

Internet: www.ugoed.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/3521/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Grüne fragen Pröll nach Kürzungsplänen in der Bildung

derStandard.at

Einen besonderen Schwerpunkt setzen die Grünen bei der Bildung. Sie fordern in der Begründung der "Dringlichen" zwei Zusatzmilliarden für die Bildung, ...

Bildungsbudget: Pröll schweigt Studikurier

Budget-Seifenoper statt Gruselschocker DiePresse.com

[Alle 14 Artikel »](#)

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

TIMSS – Schülerleistungen in der Volksschule (Mathematik und Naturwissenschaften) - Neue BIFIE-Analysen zu den TIMSS-Daten 2007 im nationalen Expertenbericht

In Österreich ist der Geschlechterunterschied zu Gunsten der Buben signifikant – und er ist auch im Vergleich mit den anderen EU-Teilnehmerländern einer der größten. Diese Unterschiede sind verstärkt in bildungsfernen Familien vorhanden. Ein Phänomen, das im EU-Schnitt nicht zu finden ist.

Die Leistungsunterschiede zwischen Einheimischen und Migrantinnen und Migranten sind in Österreich relativ groß. Nur ein Teil dieser Unterschiede kann durch sozioökonomische Merkmale erklärt werden.

Weiters zeigen sich in Österreich bei regulär eingeschulten Schüler/innen keine Leistungs- und Motivationsunterschiede nach jüngeren und älteren

Schüler/innen.

➔ Mehr unter <http://www.bifie.at/news/1404>

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

„Geschichtenbox“ für Schulen und Kindergärten

Mit einem Angebot für Schulen und Kindergärten soll das "Geschichten erzählen" wieder mehr Eingang in den Unterricht finden. NÖ und die Steiermark haben ihren Gemeinden ein neues Tool, nämlich die "Geschichtenbox" schon zur Verfügung gestellt. Schulen und Kindergärten in Gemeinden anderer Bundesländer können dieses Service nun auch zu ermässigten Konditionen bestellen.
geschichtenbox.com – das ideale Werkzeug für den Unterricht!!!

Es ist erwiesen, dass die Konzentrations- und Zuhörfähigkeit durch das Erzählen einer Geschichte steigt. Die geschichtenbox.com hilft Volksschulen, aber auch Kindergärten dabei auf einfache und wirkungsvolle Art: Auf Knopfdruck stehen die perfekten (Vorlese-) Geschichten für Kinder zu Verfügung!

Was ist die geschichtenbox.com?

geschichtenbox.com ist eine Internetplattform - die weltweit 1. interaktive Geschichtenplattform - eine Initiative von Bestsellerautor Folke Tegetthoff, mit der er das Vorlesen verstärkt ins Bewusstsein bringen will.

Die geschichtenbox.com ist gefüllt mit Geschichten renommierter Kinderbuchautoren wie Käthe Recheis, Martin Auer, Ursel Scheffler, Lene Mayer-Skumanz, Franz Sales Sklenitzka, Ernst A. Ekker, Josef Guggenmos, Manfred Mai und vielen mehr. Viele Geschichten stehen auch in englischer Sprache zur Verfügung!

Jede der Geschichten wird von geschulten Pädagoginnen geprüft und kategorisiert. Diese vergebenen Kriterien helfen, die passenden Geschichten für jede Unterrichtsstunde zu finden. Die Geschichten können manuell auf der Website als auch automatisch per Email bezogen werden. Ein Abo der geschichtenbox.com umfasst 365 Geschichtendownloads und ist ein Jahr gültig.

Das Jahresabonnement für Schulen und Kindergärten

Es freut uns Ihnen mitteilen zu können, dass alle Volksschulen und Kindergärten nun die Möglichkeit haben ein Jahresabonnement zum vergünstigten Preis von 50 Euro (Normalpreis 75 Euro) erwerben zu können.

Damit bietet sich die Möglichkeit, ein ganz wesentliches Bildungselement, nämlich gute und wertvolle Geschichten, auf eine völlig neuartige, einfache und

wirkungsvolle Weise zu nutzen. Neben der Förderung des Wort- und Sprachschatzes, werden durch das intensive Erlebnis des Vorlese/Erzählaktes auch die sozialen Fähigkeiten gefördert.

Wie erhält die Schule/der Kindergarten das vergünstigte geschichtenbox.com Jahresabonnement?

- Gehen Sie auf www.geschichtenbox.com
- Wählen Sie „Ich habe einen Gutschein“
- Geben Sie folgenden Code ein: Bildung und klicken Sie auf „Einlösen“
- Geben Sie die Emailadresse Ihrer Schule und ein Passwort ein und klicken Sie auf „Anmelden“. Nach Eingabe der Schulanschrift sowie der Bestätigung Ihrer Emailadresse (Bestätigungsmail) ist die geschichtenbox.com für das gesamte Kollegium freigeschaltet und eine Rechnung über 50 Euro wird an die Schule versandt.

FERTIG!!! Nun können Sie bereits mit der Geschichtensuche beginnen
Die Gemeinden werden ersucht, dieses Angebot an ihre Schulen und Kindergärten weiterzuleiten und gegebenenfalls zu unterstützen.

<http://www.gemeindebund.gv.at/news.php?id=1165&m=5&sm=15>

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen:

An NÖ Schulen soll "Forschergeist" bei Kindern geweckt werden

[NÖN Online](#)

Die unter Einbindung von Fachhochschulen und Industriellenvereinigung geplanten

Maßnahmen setzen bei der Weiterbildung von Kindergartenpädagogen an und ...

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Stadt betreibt Kindergarten mit englischsprachiger Betreuung

nachrichten.at

In einen Kindergarten mit Krabbelstube umgebaut hat die Stadt Linz die Poschacher-Villa beim Bulgariplatz. In der Einrichtung gibt es auch englischsprachige ...

[Nicht nur Provinz](#) nachrichten

Auch auf LRin Hummer wartet Ärger mit den Kindergärten

Am 7. Oktober übernimmt Landesrätin Doris Hummer (VP) die Agenden für Kinderbetreuung - erster Ärger wartet dabei schon auf sie. Denn unter Kindergartenpädagoginnen gibt es Verstimmung: Befürchtet wird ein „Mehr an Bürokratie“ und dass die Gemeinden aus Kostengründen Kindergartenstunden streichen könnten.

Hintergrund ist das von Josef Stockinger (VP) ausgearbeitete - und im Juli im Landtag einstimmig beschlossene - neue Kinderbetreuungsgesetz. In diesem wird der Anteil, den das Land für die Kindergärten zahlt, neu geregelt. Jetzt bekommen alle Kindergartenerhalter (in der Mehrzahl die Gemeinden) eine Pauschale vom Land. Für die erste Kindergartengruppe gibt es 52.000 Euro pro Jahr, für jede weitere 44.000 Euro. Mit Bedingungen: Weniger als zehn Kinder dürfen nicht in einer Gruppe sein. Diese muss auch 30 Stunden in der Woche geöffnet sein. Für jede weitere Stunde gibt es zusätzliche 500 Euro pro Gruppe und Jahr - laut Stockinger-Büro als „Anreiz“ für längere Öffnungszeiten.

Zu befürchten sei aber das Gegenteil, sagt Franz Rosenthaler, Obmann der Vereinigung der Kindergartenpädagoginnen und Erzieherinnen (VKE) im Christlichen Lehrerverein (CLV). Es gebe auch schon Kritik aus den Reihen der Kindergartenpädagoginnen. „Für Zeiten, in denen weniger als zehn Kinder in der Gruppe sind, zahlt das Land keine Förderung“, klagt Rosenthaler. Die Gemeinde müsse in diesem Fall die Kosten alleine tragen.

Das könne für Kommunen, die ohnehin finanziell unter Druck stehen, eher der „Anreiz“ sein, zu sparen - „und Öffnungszeiten am Nachmittag zu Lasten der Eltern und des Betreuungspersonals zurückzufahren“, sagt Rosenthaler. „Bürokratisch“ sei auch, dass bei jedem Kind notiert werden muss, wann es kommt und geht.

„Das gilt für den Oktober. Das ist der Referenzmonat, aus dem dann der Kindergartenbesuch für das Jahr erhoben wird“, erklärt man in Stockingers Büro: Irgendwie müssten die Kindergarten-Besuchszahlen schließlich erhoben werden. Dass das Land nur für Gruppen und Zusatz-Stunden zahle, in denen mindestens zehn Kindern anwesend sind, sei richtig. Es müsse aber auch im Interesse der

Gemeinden liegen, eine bedarfsgerechte Betreuung anzubieten. Für Rosenthaler sind die Gemeinden aber auch wegen des „verordneten“ Gratis-Kindergartens unter Druck gekommen: „Qualitative Betreuung dürfte ruhig einen maßvollen Preis kosten.“ (bock)

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/landespolitik/art383,468515>

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Auszeit durch integrative Kinderbetreuung

Ab Samstag gibt es mit dem Projekt "Auszeit" auch im Lungau eine integrative Betreuung für Kinder mit und ohne Behinderung. Das Projekt sei als Entlastung für die Eltern gedacht, sagt Familienlandesrätin Doraja Eberle (ÖVP).

<http://salzburg.orf.at/stories/469573/>

Innovative Umsetzung des BildungsRahmenPlans in Salzburg

(LK) "Zur Umsetzung des bundesländerübergreifenden 'BildungsRahmenPlans für elementare Bildungseinrichtungen', der ab Herbst 2010 anzuwenden ist, wurde vom Land Salzburg eine innovative Unterstützungsmaßnahme zur Umsetzung entwickelt. Ein Leitfaden mit Reflexionsfragen für die Pädagogen soll den BildungsRahmenPlan in den Salzburger Kinderbetreuungseinrichtungen mit Leben füllen", sagte heute, Mittwoch, 22. September, Familienreferentin Doraja Eberle bei der Übergabe des Leitfadens durch das Referat für Kinderbetreuung.

Der Leitfaden stellt die wesentlichen Inhalte des BildungsRahmenPlans vor. Die Reflexionsfragen fördern eine intensivere Auseinandersetzung mit den Inhalten. Sie dienen als Diskussionsgrundlage für die pädagogischen Teams in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Leitfaden und Reflexionsfragen werden in diesen Tagen an die Kinderbetreuungseinrichtungen verschickt.

"Die künftige Verpflichtung zur Anwendung des BildungsRahmenPlans soll nicht den Eindruck erwecken, dass erst durch diesen Plan die Bildung in unsere Kinderbetreuungseinrichtungen Einzug hält. Vielmehr fördern unsere Pädagogen seit jeher die Erziehung, Entwicklung, Bildung und soziale Integration unserer Kinder. Der BildungsRahmenPlan soll den Pädagoginnen aber künftig Unterstützung zur Reflexion der täglichen Arbeit geben, sowie neue Perspektiven eröffnen", so Landesrätin Eberle über ihre Erwartungen.

"Gleichzeitig ist es mir wichtig, Verständnis dafür zu wecken, dass Bildung – verstanden als Entfaltung aller im Kind angelegten Möglichkeiten – nicht erst in Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern in unseren Familien, durch Zuwendung ab Geburt, beginnt", sagte Landesrätin Eberle.

Informationsoffensive seit Frühjahr 2010

Auf Wunsch und in Zusammenarbeit mit den Lungauer Kindergartenpädagoginnen wird das Zentrum für Kindergartenpädagogik am Freitag, 24. September einen Bildungs- und Vernetzungstag "Lungau innovativ" anbieten. Zielgruppe sind Pädagoginnen, Entscheidungsträger, Rechtsträger und Interessenten. Neben der konkreten Umsetzung des BildungsRahmenPlans soll der Lungau als lebendiger und innovativer bildungs- und familienfreundlicher Bezirk diskutiert werden. "Ich freue mich ganz besonders über dieses engagierte Interesse durch die Pädagoginnen selbst, denn sie sind es, die den BildungsRahmenPlan im Alltag umsetzen", so Landesrätin Eberle abschließend.

Bereits im Frühjahr 2010 führte das Referat für Kinderbetreuung, in Kooperation mit dem Zentrum für Kindergartenpädagogik, flächendeckende Leiter-Tagungen im Land Salzburg durch, in denen der BildungsRahmenPlan vorgestellt und Möglichkeiten für die Umsetzung in den Einrichtungen besprochen wurden.

Die Implementierung des BildungsRahmenPlans ist auch Schwerpunkt im Fortbildungsprogramm der Salzburger Verwaltungsakademie - Zentrum für Kindergartenpädagogik in den Jahren 2010 und 2011, wobei auf flächendeckendes Angebot geachtet wird. Mehr Informationen zum BildungsRahmenPlan unter <http://www.salzburg.gv.at/kindergartenpaedagogik> .

Der BildungsRahmenPlan

Mit Herbst 2010 ist der BildungsRahmenPlan in Krabbelgruppen, alterserweiterten Gruppen und Kindergärten verpflichtend anzuwenden. Für Kinder im letzten Jahr vor der Verpflichtung gibt es ein ergänzendes Modul – für Kinder in häuslicher Betreuung und bei Tageseltern gibt es jeweils einen spezifisch abgestimmten Leitfaden. Der BildungsRahmenPlan, auf dessen Inhalte sich alle Bundesländer gemeinsam geeinigt haben, versteht sich als länderübergreifendes offenes Konzept zur Sicherung der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität.

Der Inhalt des BildungsRahmenPlanes, Leitfaden und Reflexionsfragen sowie zusätzliches Material können unter <http://www.salzburg.gv.at/kinderbetreuung> (BildungsRahmenPlan) heruntergeladen werden

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=45697>

Stärkere Förderung der überbetrieblichen Kinderbetreuung

(LK) Der Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss nahm heute, Mittwoch, 15. November, Nachmittag, unter dem Vorsitz von LAbg. Adelheid Hirschbichler (SPÖ) einen von der SPÖ eingebrachten Antrag zur verstärkten Förderung der Errichtung von überbetrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen in leicht modifizierter Form und als Vierparteiantrag einstimmig an. Darin wird die Landesregierung ersucht zu prüfen, wie und in welcher Form durch Träger bzw. Unternehmungen die Anschubfinanzierung des Bundes zur Förderung von neuen Kinderbetreuungsplätzen verstärkt abgeholt und vor allem zum Ausbau von überbetrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden kann, um damit einen Anreiz zur Schaffung überbetrieblicher

Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

LAbg. Margit Pfatschbacher (SPÖ) stellte eingangs fest, dass es in Salzburg aufgrund der kleinstrukturierten Wirtschaft nur wenige überbetriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen gebe. Durch die vermehrte Kooperation von Betrieben könnte das Angebot wesentlich verbessert werden, wovon die Kinder, deren Eltern und auch die Unternehmer profitieren würden.

Landesrätin Doraja Eberle erwiderte, die Träger der Betreuungseinrichtungen würden regelmäßig darauf hingewiesen, dass sie die Gelder abholen sollten. Bei neuen Einrichtungen müsse sichergestellt sein, dass die Qualität stimme; eine Kontrolle sei nur möglich, wenn diese Einrichtungen Elternbeiträge einheben und somit dem Kinderbetreuungsgesetz unterliegen. Außerdem sei auch das Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Doppelgleisigkeit zu bewältigen. LAbg. Sonja Ottenbacher (ÖVP) ergänzte, gerade in diesem Bereich sei die verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden und Betrieben zu forcieren. LAbg. Dr. Josef Sampl (ÖVP) sagte, in der Kinderbetreuung sei eine möglichst große Palette an Möglichkeiten notwendig.

Für die FPÖ betonte LAbg. Lukas Essl, in den vergangenen Jahren sei ein "Meilenstein" in der Kinderbetreuung umgesetzt worden. Künftig gehe es darum, eine flächendeckende Kinderbetreuung zu gewährleisten und vorhandene Strukturen abzusichern.

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=45652>

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIENWien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Von: Kindergarten Aufstand [mailto:Kindergartenaufstand@gmx.at]
Gesendet: Sonntag, 19. September 2010 21:31
[Kindergarten Demoaufruf "Her mit der Bildungs- und Sozialmilliarde"](#)

***** HER MIT DER BILDUNGS- UND SOZIALMILLIARDE *****
*** 1. OKTOBER *** 17 UHR *** HAUS DES MEERES (Aufstandsfigur) ***

Liebe KollegInnen! Liebe Eltern! Liebe Solidarische!

Viel ist uns für die Kindergärten seit letztem Herbst versprochen worden, viel Schönes wird geschrieben. Noch immer warten aber alle Betroffenen (PädagogInnen und BetreuerInnen, Eltern und Kinder!) auf kleinere Gruppen mit mehr Personal und einer Bezahlung, von der wir gut leben können!

Am Papier schaut alles glänzend aus. In der Realität braucht es aber weiterhin SuperheldInnenkräfte um unter den aktuellen Rahmenbedingungen und Verhältnissen in den Kindergärten und Krippen zu arbeiten.

Weder wir, noch andere Beteiligte aus dem Bildungs- und Sozialbereich wollen noch länger warten:

Es ist Zeit, den Druck zu erhöhen und gemeinsam aufzustehen! Denn Papier ist geduldig - wir sind es nicht mehr!

Deshalb komm am 1. OKTOBER UM 17 UHR zur Demo „Her mit der Bildungs- und Sozialmilliarde“ zum Haus des Meeres (Treffpunkt: Aufstandsfigur) und bring deine KollegInnen, Eltern, Kinder... mit!

Es freut uns besonders, dass die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) und zahlreiche BetriebsrätInnen aus dem Kindergartenbereich die Demonstration unterstützen!

Damit wir möglichst viele werden, leite bitte dieses E-Mail weiter und verteile den Demoaufruf attached an deine KollegInnen, Eltern und an Kindergärten in deiner Umgebung!

Wir sehen uns am 01.10. bei der Aufstandsfigur!

Aufständische Grüße vom Kollektiv Kindergartenaufstand!

➔ Siehe auch pdf-Beilage „Aufruf...“

"WAS GEHT AB"? - Integration in Wien

Die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Stadt braucht Gestaltung und Steuerung. Kommunale Politik muss die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben der BürgerInnen schaffen, um die Chancen und Potentiale für alle zu nützen. JUGEND und BILDUNG sind entscheidende Aspekte der Integrations- und Diversitätspolitik.

Die Veranstaltung bringt verantwortliche PolitikerInnen und ExpertInnen zusammen, um die strategischen Ansätze der Wiener Parteien – jenseits von Wahlslogans - zu diskutieren: Welche Ziele, Strategien und Maßnahmen halten die PolitikerInnen für sinnvoll, was gelingt schon jetzt, was geht ab? Welche steuerungspolitische Verantwortung muss in den Themenbereichen Bildung und Jugend im kommunalen Kontext der Stadt Wien übernommen werden?

Eröffnung: Stadträtin Sandra Frauenberger

Einleitung und Kommentar: Kenan Güngör (büro difference:)

Es diskutieren:

Die PolitikerInnen

Nurten Yilmaz, SPÖ

Dinko Jukic, ÖVP

Klaus Werner-Lobo, Die Grünen

Veronika Matiasek, FPÖ

Die Expertinnen

Inci Dirim (Universität Wien, Institut für Germanistik) zum Thema „Sprachen“

Barbara Herzog-Punzenberger (Akademie der Wissenschaften) zum Thema "Migrations- und Bildungsforschung"

Maria Haberl (Interface) zum Thema „Elternarbeit“

Moderation: Ani Gülgün-Mayr (ORF)

Ort: Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1040 Wien
Zeit: 23. September 2010, 18 bis 20.30 Uhr

http://www.bildungsgrenzenlos.at/index.php?option=com_content&view=article&id=79:integration&catid=34:aktuell&Itemid=57

"Tierschutz macht Schule" im Kindergarten

Utl.: Neue Broschüre soll einfühlsamen Umgang mit Tieren bereits im Kindergarten vermitteln =

Wien (OTS) - Der "Well-Ka- Hu-Ka-Meer-Plopp" weiß, was sich Heimtiere von Kindern wünschen, denn er ist mit fast allen verwandt. Er ist eine Mischung aus: WELLensittich, KAninchen, HUNd, KATze, MEERschweinchen und PLOPP, weil ein Fisch Plopp macht. Der Verein "Tierschutz macht Schule" hat seine Geschichte erdacht, die in den nächsten Tagen als Broschüre unter dem Titel "Versteh die Tiere mit dem Well-Ka-Hu-Ka-Meer-Plopp!" an alle städtischen Wiener Kindergärten kommt.

Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Mag.Marie-Helene Scheib vom Verein "Tierschutz macht Schule" präsentierten heute die neue

Broschüre in einem Kindergarten in Wien-Donaustadt, in dem Tiere bereits jetzt zum Kindergartenalltag gehören. "Tiergestützte Pädagogik hat in unseren Kindergärten im Rahmen des Bildungsplans einen besonderen Stellenwert", betonte Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. "Dabei spielen auch der Tierschutz und die richtige Tierhaltung eine wichtige Rolle. Mit dem Fantasietier Well-Ka-Hu-Ka-Meer-Plopp lernen die Kinder nicht nur spielend die Grundbegriffe des Tierschutzes, sondern auch einfühlsames, soziales Verhalten: Respekt vor Schwächeren, Verantwortung für das Tier".

"Bereits kleine Kindern sollen die Grundbedürfnisse ihrer Heimtiere verstehen: Sie sind kein Spielzeug und wollen nicht gern herumgetragen werden. Sie brauchen eine abwechslungsreiche, tiergerechte Umgebung und weil die meisten Tiere gesellig leben, darf man sie nur zusammen mit Artgenossen halten", betont Mag. Marie-Helene Scheib vom Verein "Tierschutz macht Schule".

Der "Well-Ka-Hu-Ka-Meer-Plopp" übersetzt diese Inhalte für Kinder in lustige Rätselspiele und in einem Lied:

"Tiere brauchen Ruh,
Tiere brauchen Freunde,
ganz genau wie du."

Die Broschüre soll es Kindergarten-PädagogInnen ermöglichen, rasch und ohne viel Vorbereitung Verständnis für andere Lebewesen spielerisch zu vermitteln. Zur Broschüre gibt es ein Poster und der tierische Superstar kann sogar nachgebastelt werden.

Mit dem Verein "Tierschutz macht Schule" steht der Stadt Wien ein kompetenter Partner bei der Tierschutzbildung zur Seite. Infos unter: www.tierschutzmachtschule.at

Fotos können in Kürze in der Rathauskorrespondenz unter www.wien.gv.at/pressebilder downgeloadet werden.

Rückfragehinweis:

Mag.a Michaela Zlamal
Mediensprecherin Stadtrat Christian Oxonitsch
Tel.: +43 1 4000-81930
<mailto:michaela.zlamal@wien.gv.at>
<http://www.oxonitsch.at/>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Kein Kinderspiel - Kinderpädagogen gesucht

von Alexia Weiss (Die Presse)

Der Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen erhöht die Nachfrage an Pädagogen enorm. Kindergartenpädagogen werden derzeit dringend gesucht. Eigene Programme sollen Quereinsteiger locken.

Wer dieser Tage die Stellenanzeigen durchforstet, dem sticht ins Auge: Kindergartenpädagogen werden derzeit von öffentlichen wie privaten Kindergärten dringend gesucht. Sabine Cizek, Sprecherin der für die Kindergärten zuständigen MA 10 der Stadt Wien, bestätigt: „Aufgrund des massiven bundesweiten Ausbauprogramms an Kindergartenplätzen besteht auch ein erhöhter Bedarf an Kindergartenpädagogen in allen Bundesländern.“

„Hervorragend“: So beschreibt die Direktorin der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP 8), Susanne Siebert, die Jobaussichten für Kindergartenpädagogen. In ihrem Haus werden neben der Schule mit Matura und Berufsbefähigung auch ein zweijähriges Vollzeitkolleg sowie ein berufsbegleitendes halbjähriges Kolleg angeboten. In der berufsbegleitenden Form sind vor allem Personen vertreten, die bereits als Assistenten im Job tätig sind, nun aber aufsteigen wollen.

„Chance“ für Quereinsteiger

Aber auch Quereinsteiger gibt es immer wieder, erzählt Siebert. Kann man sich etwas aus anderen Ausbildungen, Studien anrechnen lassen? „Ja, etwa Entwicklungspsychologie aus einem Psychologie- oder Pädagogikstudium. Oder wenn man ein Instrument beherrscht. Wir schauen uns das im Einzelfall an.“

Voraussetzung, um als Kindergartenpädagogin zu arbeiten, ist in jedem Fall ein BAKIP-Abschluss, betonen die Trägerorganisationen Kinderfreunde, Kinder in Wien (Kiwi) sowie die MA10 unisono. Die Stadt Wien bildet an der BAKIP 21 ihre Pädagogen aus - und bietet dabei auch gezielt ein Ausbildungsmodell für Quereinsteiger, so Cizek. Dieses nennt sich „Change“ und dauert fünf Semester. Zielgruppe sind hier auch Wiedereinsteiger. Ab dem dritten Semester arbeitet man zwei Tage in der Woche als Pädagoge in Ausbildung - nach Abschluss besteht eine fünfjährige Vertragsverpflichtung mit der Stadt Wien. Das Modell „Pick-up“ wiederum wendet sich an Interessierte, die über keine Matura verfügen. In zwei Semestern erwerben sie die Studienberechtigungsprüfung, danach steigen sie ins Programm „Change“ ein. Beste Jobaussichten bei einem Einstiegsgehalt von 1900 Euro brutto monatlich, das ist die eine Seite. Doch Siebert spricht auch die Schattenseiten des Berufs an: Anders als Volksschullehrer haben Kindergartenpädagogen während der Schulferien nicht frei. Man kümmere sich um bis zu 25 Kinder und die dazugehörigen Eltern, die Gruppen seien sehr heterogen, sowohl was Alter, Entwicklungsstand als auch Sprachniveau angehe. Es sei „sicher sehr belastend“, wenn man sehe, dass man deswegen die Bedürfnisse der Kinder nicht immer ganz abdecken könne.

Was muss man sich als Quereinsteiger überlegen? „Man sollte eine hohe soziale Kompetenz haben, gut belastbar und vielfältig interessiert sein“, meint Siebert. Sie freut sich etwa darüber, dass in jüngster Zeit auch immer wieder Männer den Weg ins Kolleg finden - nachdem beim Zivildienst das Interesse an diesem Beruf geweckt worden ist.

Weiterbildung wird im Bereich Kindergartenpädagogik einerseits von den Trägern selbst, andererseits von den Pädagogischen Hochschulen angeboten. Bei Kiwi gibt es zu diesem Zweck die Kiwi-Akademie, sagt Claudia Huber, Regionalleiterin bei dieser Trägereinrichtung. Auch die Kinderfreunde haben eine eigene Ausbildungsakademie. Von beiden Trägern werden angehende Leiter intern ausgebildet, Fortbildungen gibt es zudem, wie auch im Rahmen des Weiterbildungsprogramms der MA 10, zu vielfältigen Sachthemen - von Sprachförderung über Konfliktmanagement bis zur Entwicklungsbegleitung.

Führungspositionen

Wer an einem Privatkindergarten beschäftigt ist, kann sich an einer Pädagogischen Hochschule fortbilden - etwa mit Einzelveranstaltungen (z. B. „Dialog Kindergarten - Schule“), Fortbildungsreihen (z. B. „Schwierige Kinder professionell begleiten“), aber auch mit dem einsemestrigen Lehrgang „Frühe sprachliche Förderung“. Fortbildung heißt in der Kindergartenpädagogik allerdings nicht mehr Geld - aufzusteigen, das bedeutet: Leiterin zu werden. Doch auch hier sieht es derzeit nicht schlecht aus: Bei den Kinderfreunden wurden heuer 30 Chefsessel besetzt, so Müller-Wenzel.

www.wien.gv.at, www.phwien.at
<http://bakip8.schule.at>
www.paedagogika.at,
www.wien.kinderfreunde.at

<http://diepresse.com/home/bildung/weiterbildung/595400/print.do>

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Seit 17. September 2010 sind die am 24. Juni 2010 beschlossene Novelle des Wiener Antidiskriminierungsgesetzes und das neue geschaffenen Wiener Chancengleichheitsgesetz als Landesgesetzblatt veröffentlicht.

Wiener Antidiskriminierungsgesetz; Änderung	33-KB-PDF
---	---------------------------

Förderung der Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung in Wien (Chancengleichheitsgesetz Wien - CGW) [CELEX-Nrn.: 32003L0109, 32004L0038 und 32004L0083]	72-KB-PDF
--	---------------------------

"Inklusion ist eine pädagogische Herausforderung auf hohem Niveau"

Auf einmal platzt der Ball mit einem lauten ..?" Luca hat den Text vorgelesen, jetzt suchen alle Kinder nach dem passenden Reimwort. Ali weiß die Antwort: "Knall" ruft er und liest stolz den kompletten Text vor. Es ist kurz nach elf, auf dem Stundenplan in der jahrgangsübergreifenden Eingangsklasse der Grundschule

Mastbrook im schleswig-holsteinischen Rendsburg steht das Fach Deutsch. Hier lernen neben 13 Regelschulkindern auch vier Kinder mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung und ein Kind mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Unterrichtet werden sie von zwei Lehrkräften: einem Grundschullehrer und einer Sonderschullehrerin.

Nach dem Unterrichtsstart mit der gesamten Klasse setzt sich Nina Werner mit einigen Schülern in den Nachbarraum. Die Sonderschullehrerin führt dort mit einem Brettspiel das Thema Reimen fort. Die anderen Kinder arbeiten an ihren Arbeitsblättern. Immer wieder kommt ein Schüler ins Spielzimmer, um von ihr zu erfahren, ob seine Ergebnisse auf dem Arbeitsblatt richtig sind. Denn für die Kinder gibt es keine Trennung zwischen Klassenlehrer und Sonderschullehrerin. Beide sind für alle Schüler da. Den Kindern ist der Unterschied gar nicht bewusst. "Ich bin Lehrerin, egal für wen."

"Wir müssen uns dem Thema stellen"

Eigentlich müssten Szenen wie diese längst zum Schulalltag in Deutschland gehören, denn in Deutschland ist die UN-Behindertenkonvention, die ein inklusives, allgemeines Bildungssystem für alle Kinder vorsieht, seit März 2009 in Kraft. Seither wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich intensiv an Umsetzungsmodellen gearbeitet. Eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz hat auch bereits ein erstes Rohpapier vorgelegt und spätestens im nächsten Frühjahr will die KMK dann ein entsprechendes Reformpapier verabschieden. Zu den Bundesländern, die in Sachen Inklusion weiter sind als andere zählen Bremen, Rheinland-Pfalz und auch Schleswig-Holstein.

"Wir wissen, wir müssen uns diesem Thema stellen", sagt Thomas Albert, Rektor der Schule Mastbrook, ganz pragmatisch. "Aber das Thema ist für uns so neu nicht. Wir haben viele schwache Kinder. Wir wissen um die Probleme in diesem Stadtteil, wir identifizieren uns mit unseren Kindern und stehen auch voll hinter der Integration." Bereits seit vielen Jahren werden hier Kinder mit dem Förderschwerpunkt Sprache und Lernen integrativ beschult.

Die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch im Stadtteil Mastbrook. In manchen Schulklassen kommt beinahe die Hälfte der Kinder aus einer Hartz IV Familie. Viele alleinerziehende Mütter leben hier und rund 40 Prozent der Kinder haben einen Migrationshintergrund. Die Schule ist vergleichsweise gut ausgestattet, doch lediglich in der Inklusionsklasse unterrichten die Lehrer in Doppelbesetzung. In allen übrigen Klassen muss die Schule mit wenigen Kooperationsstunden klarkommen. Das heißt, nur zeitweise wird der Klassenlehrer von einem Sonderschulpädagogen unterstützt.

Strukturen verändern

"Inklusion ist kein Selbstläufer", warnt denn auch der Prof. Rolf Werning von der Leibniz Universität Hannover. "Das ist eine pädagogische Herausforderung auf hohem Niveau", erklärt der Pädagoge, "man muss die Strukturen so verändern, dass man sonderpädagogische Ressourcen und Professionen in die Regelschulen bringt und man muss Teamstrukturen entwickeln."

Bislang ist das deutsche Sonderschulwesen höchst ausdifferenziert. Bis zu zehn verschiedene Sonderschultypen gibt es in den einzelnen Bundesländern. Der Anteil der Sonderschüler an allen Schülern liegt bei knapp fünf Prozent. Und die

wenigsten dieser Schüler beenden ihre Schullaufbahn mit einem Abschluss. So erreichten im Jahr 2006 gerade mal gut 20 Prozent den Hauptschulabschluss, während knapp 80 Prozent der Schüler die Förderschulen ohne Schulabschluss verließen, schreibt die KMK in ihrer Dokumentation "Sonderpädagogische Förderung in Schulen 1997 bis 2006" vom April 2008. Die meisten Förderschüler gibt es im Förderschwerpunkt Lernen, rund 60 Prozent aller Förderschüler besuchen diese Schulform, die es international in vergleichbaren Staaten gar nicht gibt.

"Auch die starken Schüler profitieren"

Im Moment, so Rolf Werning, könnten in Deutschland die entscheidenden Weichen für die Inklusion gestellt werden. Falsch wäre es jedoch, jetzt nur ganz bestimmte Schulen, etwa die Hauptschulen als Inklusionsschulen ausrufen. "Das wäre kontraproduktiv oder man könnte sagen, es wäre ein Kunstfehler. Man kann aber ein Gemeinschaftsschulsystem etablieren, das stark genug ist, um eine wirkliche Heterogenität zu gewährleisten, die auch leistungsförderlich ist. Eine Schule also, in der genügend starke Schüler gemeinsam mit schwächeren Schülern unterrichtet werden." Nicht nur zum Nutzen der leistungsschwachen Schüler, denn "auch die starken Schüler profitieren. Wenn sie die schwachen Schüler unterstützen, strukturieren sie ihr Wissen um und das führt zu einer Vertiefung."

Weniger Ressourcen für die Förderung

In Mastbrook verliert man auch die starken Schüler nicht aus den Augen. "Das ist die hohe Kunst, für alle Kinder das Angebot zuschaffen, das sie brauchen. Da haben wir manchmal etwas Bauchschmerzen", gesteht Thomas Albert, "vor allem in Klasse drei und vier, weil es dort eben so wenig Doppelbesetzungen gibt." Denn Albert beobachtet, dass die Ressourcen für die Förderung der lernbehinderten und sprachbehinderten Schüler in Schleswig-Holstein seit Jahren zurückgeht. "Die Integration wird auf dem Rücken der Kinder und der Kolleginnen der Grundschulen ausgetragen." Die lernschwachen Kinder werden in solchen Konstellationen, wo es an Lehrkräften fehlt, schnell auch mit Misserfolgen konfrontiert.

Das passiert im jahrgangsübergreifenden Unterricht seltener, weiß Nina Werner. "Hier sind die Kinder mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung auch mal die Starken. Es ist großartig, wenn sie den Schulanfängern sagen können, ich zeige dir alles, ich kenne mich hier aus." Die Pädagogin hat auch an Sonderschulen unterrichtet und sie weiß um die Vorteile des gemeinsamen Lernens: "Die Kinder leben hier mit ganz anderen Vorbildern zusammen und erleben eine ganz andere Schule mit Fachunterricht und 45-Minuten-Rhythmus. Sie sehen, wie andere Kinder lernen, und lernen so auch viel eher selbstständig zu arbeiten."

Nina Werner kennt aber auch die Probleme. "Anfangs hatten einige Kinder Schwierigkeiten mit der Größe der Schule und konnten sich kaum orientieren. Und ihre Eltern hatten Angst vor einer möglichen Überforderung - aber inzwischen sind alle sehr zufrieden."

Positive Modelle

"Dem Thema Inklusion müssen sich alle stellen", erklärt Klaus Metzger. Der Regierungsschulrat aus Schwaben hat jetzt in der Cornelsen Lehrerbücherei Grundschule das Buch "Inklusion - eine Schule für alle" herausgegeben. Lehrer erfahren hier, welche Erfahrungen andere Kollegen mit Inklusion und Integration gemacht haben - und zwar schon lange vor der UN-Konvention. "Es werden eine

ganze Reihe positiver Modelle vorgestellt, Kooperationsmodelle ebenso wie Einzelinklusionen in den verschiedenen Fächern. Es wird auch ganz pragmatisch der Frage nachgegangen, wie die anderen Kinder reagieren und wie man Mut gewinnen kann für die Aufgabe, die vor uns liegt."

Eine hundertprozentige Inklusion garantieren auch andere Ländern, die führend im gemeinsamen Unterrichten sind, nicht. Denn es gibt auch Kinder, die zeitweise nicht in Gruppen gefördert werden können, sondern therapeutische Unterstützung brauchen. Auch gehörlose Schüler entscheiden sich durchaus für die Förderschule, weil sie hier mit der Gebärdensprache ihre eigene Verständigungsbasis haben. Generell aber, so Rolf Werning, "liegt die Grenze für Inklusion nicht bei den Schülern, sondern im System: Wie integrationsfähig sind Schulen?"

Restlaufzeit für Sonderschulen

"Wenn man es mit der Inklusion tatsächlich ernst nimmt, dann muss eine politische Entscheidung getroffen werden", sagt er und wählt einen Ausdruck, der gegenwärtig in einer anderen politischen Diskussion eine große Rolle spielt: Restlaufzeit. "Wir könnten sagen, in fünf Jahren gibt es diese Schulform nicht mehr. In dieser Zeit müssten dann die anderen Schulen in die Lage versetzt werden, diese Kinder angemessen zu fördern."

Die Schule in Mastbrook versucht jetzt schon, diesen Anspruch zu erfüllen – trotz knapper Ressourcen: Das komplette Kollegium steht hinter dem Konzept von Inklusion und Integration. "Die Welt können wir nicht bewegen aber vielleicht ein klein wenig gemeinsam in Mastbrook. Wir beugen auch mal das Recht, bevor wir ein Kind beugen. Wenn wir das Gefühl haben, es ist für das Kind besser, wenn wir pädagogisch etwas so entscheiden, obwohl das Schulgesetz das gar nicht vorsieht, dann machen wir das. Aber immer in Absprache mit den Eltern", sagt Albert und ergänzt: "Es ist notwendig, dass man als Schule selbstbewusst ist."

Literaturhinweis: Klaus Metzger/Erich Weigl (Hrsg), Inklusion – eine Schule für alle, Lehrerbücherei Grundschule, Cornelsen, ISBN 978-3-589-05164-9

<http://bildungsklick.de/a/75180/inklusion-ist-eine-paedagogische-herausforderung-auf-hohem-niveau/>

KINDERBETREUUNG

Grüne fordern rotschwarzes Ja zu mehr Kinderbetreuung und Papamonat [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - Die Grünen bringen heute im Nationalrat zwei Anträge zum Thema Verlängerung des Bundeszuschusses für den Ausbau der Kinderbetreuung und ...

Binder-Maier: SPÖ kämpft weiter für Bundesmittel bei Kinderbetreuung [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS/SK) - "Die SPÖ wird nicht locker lassen, dass die Bundesmittel für den Ausbau der Kinderbetreuung fortgesetzt werden. ...

Zivildienstler können zur Polizei und zB in der Kinderbetreuung eingesetzt werden

[ORF.at](#)

Die Novelle enthält aber auch eine Ausweitung des Einsatzbereichs der Zivildienstler, zum Beispiel in der Kinderbetreuung. Gültig ist die Novelle ab 1. ...

Hamburg: Volksinitiative für kostenlose Kinderbetreuung gestartet

[WELT ONLINE](#)

Hamburg (dpa/Ino) - Nach der Niederlage beim Volksentscheid zur Schulreform droht dem Hamburger Senat wegen der umstrittenen Erhöhung der Kita-Gebühren ein ...

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Neues Fachdidaktikzentrum Religion an Uni Graz gegründet - Kooperationsprojekt soll helfen "Fachdidaktik in der Lehrerbildung zu stärken"

Graz, 22.09.2010 (KAP) Die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Graz setzt bei der Aus- und Fortbildung ihrer Religionspädagogen neue Maßstäbe: So wird mit Beginn des kommenden Wintersemesters ein neues Fachdidaktikzentrum für Katholische Religion seine Pforten öffnen. Das Zentrum ist ein Kooperationsprojekt der Universität Graz, der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Graz, der Pädagogischen Hochschule und des Landesschulrates Steiermark. Aufgabe des neu gegründeten Zentrums wird es sein, "die qualitativ hochwertige Aus-, und Weiterbildung von Religionslehrerinnen zu fördern", wie es in einer Aussendung der Katholisch-Theologischen Fakultät Graz heißt.

Das Zentrum, dessen Angebot sich an Religionslehrer aller Schultypen richtet, wird sich sowohl der Aus-, Fort- und Weiterbildung widmen, es will aber auch einen Beitrag zur fachdidaktischen Forschung leisten und so "die Fachdidaktik in der Lehrerbildung stärken", betonte dessen erster Leiter, Wolfgang Weirer, im Gespräch mit "Kathpress". Dazu sollen bestehende Kooperation zwischen den Bildungseinrichtungen ausgebaut werden, um Synergieeffekte nutzen zu können und somit die Qualität der Ausbildung zu steigern, heißt es von Seiten der Theologischen Fakultät.

<http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/34830.html>

Kinder und Kindheit - Ringvorlesung der Uni Graz beleuchtet Bildung, Erziehung und Familie

Die Bildung von Kindern rückt immer mehr in den Fokus des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Interesses. Zunehmende Mobilität, Migration und Vielfalt sowie der Wandel familiärer Strukturen konfrontieren Mädchen, Buben und PädagogInnen bereits sehr früh mit neuen Anforderungen. Eine öffentliche Ringvorlesung der Karl-Franzens-Universität Graz widmet sich im Wintersemester 2010/11 dem Themenkreis „Kinder und Kindheit“ aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Perspektiven. Initiatorin der Vortragsreihe ist Univ.-Prof. Dr. Cornelia Wustmann, Leiterin des Arbeitsbereichs Elementarpädagogik am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft.

Die Ringvorlesung „Kinder und Kindheit“ soll einen Überblick über das weite Forschungsgebiet geben. „Mädchen und Buben verstehen“, „Abschied von der Normalfamilie“ und „Kinder brauchen Männer“ sind nur drei der insgesamt elf Themen, die von Oktober 2010 bis Jänner 2011 von ExpertInnen aus dem deutschsprachigen Raum beleuchtet werden. Aspekte von privater und öffentlicher Bildung, Erziehung und Familie kommen ebenso zur Sprache wie Fragen geschlechtsbewusster Pädagogik, die Bedeutung von Selbstbildung und Spiel oder professionelle Handlungsfelder der Elementarpädagogik.

„Bildungsprozesse in der frühen Kindheit schaffen die Grundlage für spätere Entwicklungsmöglichkeiten und damit für lebenslanges Lernen. Eine zentrale Herausforderung ist in diesem Zusammenhang auch die Schaffung von Chancengleichheit“, unterstreicht Cornelia Wustmann die wichtige Aufgabe der Elementarpädagogik. Die Uni Graz hat diese Bedeutung erkannt und im März 2010 als erste Universität Österreichs einen Lehrstuhl für Frühkindpädagogik eingerichtet.

Die Ringvorlesung richtet sich in erster Linie an Studierende der Pädagogik, Sozialpädagogik, Weiterbildung und anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen, die diese Vortragsreihe als Wahlfach besuchen können. Herzlich willkommen sind aber auch alle Interessierten, die einen Einblick in das Forschungsfeld bekommen möchten.

Die Vorträge findet immer dienstags, von 18 bis 19.30 Uhr im Mehrzwecksaal des Universitätszentrums Wall, Merangasse 70/EG statt. Start ist am 12. Oktober 2010.

➔ Weitere Informationen unter http://www.uni-graz.at/ringvorlesung_ankuendigung.pdf

PARLAMENTSMELDUNGEN

Nationalrat diskutiert über Familienpolitik - Familienbericht 1999 - 2009 als Grundlage

Wien (PK) – Der [Familienbericht](#) 1999 – 2009 bot den Abgeordneten in der heutigen [Sitzung](#) des Nationalrats Gelegenheit zu einer umfassenden Diskussion über die österreichische Familienpolitik. Abgeordnete Anneliese KITZMÜLLER (F) wies darauf hin, dass der zur Diskussion stehende Familienbericht 2.763 Seiten umfasse. Ihr zufolge ist er von der FPÖ in der vorliegenden Form aber nicht zu akzeptieren. Der Bericht sei gekennzeichnet von Realitätsferne und politischem Wunschdenken, kritisierte sie.

Kitzmüller klagte, dass die Regierung die Leistung der Familien immer noch nicht ausreichend anerkenne. Viele Familienleistungen seien schon seit Jahren nicht valorisiert worden. Ausdrücklich sprach sie sich darüber hinaus für die Einführung eines Familiensplittings im Steuersystem und gegen die Abschaffung der 13. Familienbeihilfe aus.

Abgeordnete Ridi Maria STEIBL (V) machte darauf aufmerksam, dass Familie und Partnerschaft nach wie vor einen hohen Stellenwert bei den ÖsterreicherInnen hätten. Dem trägt die österreichische Familienpolitik ihrer Meinung nach Rechnung. Österreich liege mit seinen Familienleistungen im internationalen Spitzenfeld und habe in den letzten Jahren viele wichtige Schritte für Familien gesetzt, unterstrich sie.

Steibl verwies unter anderem auf die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungsausgaben, die Einführung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgelds, das verpflichtende Kindergartenjahr und die Bereitstellung von Partner- und Elternbildungsangeboten. Handlungsbedarf sieht sie insbesondere im Pflegebereich, schließlich würde, so Steibl, ein Großteil der Pflegeleistungen nach wie vor im Familienverbund erbracht.

Abgeordneter Christian HÖBART (F) hielt fest, es sei Tatsache, dass die Geburtenrate in Österreich sinke und die Scheidungsrate steige. Seiner Ansicht nach ist die Politik gefordert, Gegenmaßnahmen zu setzen. Es gehe nicht an, schon kleine Kinder im Säuglingsalter in Kinderkrippen "abzuschieben", mahnte er und bekräftigte, die FPÖ lehne "Container-Kinderbetreuung" ab. Wie seine Fraktionskollegin Kitzmüller urgierte Höbart die Valorisierung von Familienleistungen und ein Familiensplitting im Steuersystem.

Abgeordnete Gabriele BINDER-MAIER (S) betonte, der Familienbericht sei ein gutes Nachschlagewerk und sehr aufschlussreich. Er zeige auf, welchen Herausforderungen die Familienpolitik gegenüberstehe und welche Probleme zu lösen seien.

Jährlich würden, so Binder-Maier, zehn Mrd. € für die österreichischen Familien bereitgestellt, davon sechs Mrd. € aus dem FLAF und vier Mrd. € aus steuerlichen Erleichterungen und der kostenlosen Mitversicherung. Es gebe aber eine Schieflage von Geldleistungen und Sachleistungen, skizzierte sie. Für Binder-Maier ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft von Familien, sie sprach sich in diesem Sinn für eine Verlängerung der Bundesförderung für Kinderbetreuungseinrichtungen aus.

Abgeordnete Carmen GARTELGRUBER (F) bemängelte, dass weder das Kinderbetreuungsgeld noch die Familienbeihilfe in den vergangenen Jahren an die Inflation angepasst worden seien. Ein von ihr eingebrachter Entschließungsantrag zielte darauf ab, die 13. Familienbeihilfe in vollem Umfang zu erhalten. Es müsse

eine bessere Lösung geben, als gerade bei den Familien zu sparen, erklärte Gartelgruber.

Abgeordnete Daniela MUSIOL (G) qualifizierte den Familienbericht als eine "hervorragende Grundlage" für die politische Diskussion, bedauerte allerdings, dass er in erster Linie eine Ist-Analyse vornehme und keine Lösungsvorschläge für bestehende Probleme enthalte. Zudem vermisst sie den Problembereich Armut.

Eine Aussage des Berichts ist Musiol zufolge, dass ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen Voraussetzung für die Erhöhung der Geburtenrate seien. Hier ist Österreich ihrer Meinung nach säumig. Musiol brachte einen Entschließungsantrag ein, der auf eine Verlängerung des Bundeszuschusses für den Ausbau institutioneller Kinderbetreuung abzielt. Die Frage des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen sei nicht nur eng mit dem Mut zum Kind, sondern auch mit der Frage der Chancengleichheit und der Armutsvermeidung verknüpft, argumentierte sie.

Familienstaatssekretärin Christine MAREK hob hervor, dass Österreich in den vergangenen Jahren zahlreiche familienpolitische "Meilensteine" gesetzt und Erfolge bei der finanziellen Gerechtigkeit für Familien, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dem besseren Schutz vor Gewalt im sozialen Nahbereich erzielt habe. Konkret führte sie etwa die Einführung des Kinderbetreuungsgelds, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und das Gewaltschutzgesetz an. Österreich liege auch im europäischen Vergleich im Spitzenfeld und nehme bei den Familienleistungen, gemessen am BIP, die dritte Stelle ein, zeigte sie sich erfreut.

Die fünf Varianten beim Kinderbetreuungsgeld würden maximale Wahlfreiheit für die Eltern bringen, konstatierte Marek und fügte hinzu, die Einführung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgelds sei "goldrichtig" gewesen. 16 % aller Eltern entscheiden sich demnach für eine der beiden Kurzvarianten. Auch sei bei den Kurzvarianten der Väteranteil dreimal so hoch wie bei den übrigen Varianten des Kinderbetreuungsgelds. Handlungsbedarf sieht Marek unter anderem noch bei der Betreuung von unter Dreijährigen in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Abgeordnete Edith MÜHLBERGHUBER (F) hob einzelne Fakten aus dem Familienbericht hervor und wies u. a. darauf hin, dass die Anzahl der Single-Haushalte und der Anteil der Ehepaare ohne Kinder steige. Ein Leben mit Kindern gehöre aber nach wie vor zu den Lebenszielen der ÖsterreicherInnen, umriss sie. Durch die immer weitere Aufschiebung der Familiengründung stimmten Kinderwunsch und Geburtenrate allerdings nicht überein. Das Problem kann nach Auffassung von Mühlberghuber nicht nur durch mehr Kinderbetreuungsplätze gelöst werden, es brauche auch ein gerechteres Steuersystem mit Familiensplitting.

Abgeordnete Ursula HAUBNER (B) bekannte sich zu sämtlichen familienpolitischen Leistungen, gab aber zu bedenken, der Mut zu Kindern hänge sowohl von ökonomischen Faktoren als auch von der beruflichen Situation der Eltern ab, der Staat sei daher aufgerufen, auf die geänderten Arbeitsbedingungen zu reagieren. Haubner warnte vor Kürzungen der finanziellen Leistungen an die Familien und trat im Bereich der Kinderbetreuung für die Entscheidungsfreiheit der Eltern ebenso wie für die Schaffung von flexiblen Angeboten mit Öffnungszeiten ein, die im Einklang mit den Arbeitszeiten stehen. In einem Entschließungsantrag forderte sie die Weiterführung der 15a-Vereinbarung über den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung.

Abgeordnete Adelheid Irina FÜRNRATH-MORETTI (V) bezeichnete die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung als "Meilenstein" in der Familienpolitik und warf überdies der FPÖ vor, mit ihrem Antrag betreffend die 13. Familienbeihilfe die Familien zu verunsichern.

Abgeordnete Angela LUEGER (S) kritisierte, in der traditionellen Aufteilung von Familienarbeit auf Männer und Frauen habe sich noch immer nicht viel verändert, und appellierte an die Wirtschaft, für die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen in den Betrieben zu sorgen.

Abgeordnete Judith SCHWENTNER (G) plädierte für eine stärkere Einbindung der Väter in die Kindererziehung und verlangte in einem Entschließungsantrag die Einführung des "Papa-Monats".

Abgeordnete Martina SCHENK (B) stellte fest, die Leistungen der Familien würden nach wie vor nicht gebührend anerkannt und belohnt, und warnte vor Verunsicherung der Familien und einer Abschaffung der 13. Familienbeihilfe. Handlungsbedarf sah die Rednerin vor allem bei der Einrichtung eines ausreichenden Angebots an ganztägiger Kinderbetreuung.

Abgeordnete Laura RUDAS (S) sah die Familienpolitik aufgerufen, auf die geänderten Rollenansprüche von Frauen und Männern zu reagieren, und trat mit Nachdruck für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Abgeordnete Tanja WINDBÜCHLER-SOUSCHILL (G) unterstrich, die Familienpolitik müsse sich an die Alltagsrealität anpassen, und warnte vor Einsparungen bei den Familienleistungen im Zuge des kommenden Budgets.

Abgeordnete Gisela WURM (S) sprach sich in ihrer Wortmeldung für die Weiterführung der Anstoßfinanzierung des Bundes an die Länder zur Errichtung eines Angebots an Kinderbetreuungsplätzen aus.

Abgeordnete Rosemarie SCHÖNPASS (S) wies auf den Zusammenhang zwischen Geburtenrate und der Verfügbarkeit außerhäuslicher Betreuung für Kleinkinder hin und meinte, nicht die Direktzahlungen, sondern eher mehr Sachleistungen könnten den Bedürfnissen der Familien stärker gerecht werden und zu einer Erhöhung der Geburtenrate führen.

Abgeordnete Ridi Maria STEIBL (V) versicherte, die Volkspartei sei bestrebt, die Familienleistungen bestmöglich zu erhalten, und betonte, es werde keine Streichungen geben, die zu Einbußen bei der Qualität führen.

Bei der Abstimmung wurde der Bericht mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Die Entschließungsanträge der Oppositionsparteien blieben in der Minderheit.

Keine Mehrheit für BZÖ-Antrag [509/A\(E\)](#)

Abgeordnete Anneliese KITZMÜLLER (F) plädierte für einheitliche Antrags- und Auszahlungsmodalitäten bei familienpolitischen Leistungen und stellte fest, dies läge im Sinn der Familien und wäre ein Beitrag zur Entbürokratisierung.

Abgeordneter Nikolaus PRINZ (V) sah wesentliches Potenzial zur Vereinheitlichung im E-Government-Bereich und meinte, es bestehe keine Notwendigkeit, den derzeitigen Auszahlungsmodus bei der Familienbeihilfe zu ändern.

Abgeordnete Daniela MUSIOL (G) unterstützte hingegen den vorliegenden Antrag und warf ihrem Vorredner Weltfremdheit vor. Gerade für AlleinerzieherInnen bedeute es einen großen Unterschied, ob sie eine Leistung monatlich oder nur alle zwei Monate erhalten, gab sie zu bedenken.

Abgeordneter Hermann LIPITSCH (S) lehnte den Antrag hingegen mit dem Argument ab, die Umstellung würde nicht zu einer Vereinfachung, sondern vielmehr zu einer Erhöhung des Verwaltungsaufwands führen.

Abgeordnete Ursula HAUBNER (B) erwiderte, für einkommensschwache Familien sei die Vereinheitlichung der Auszahlung wesentlich, und warf im Übrigen der Regierung vor, im Rahmen des kommenden Budgets eine Kürzung der Familienleistungen zu planen und die Familien im Stich zu lassen.

Bei der Abstimmung erhielt der Antrag des BZÖ keine Mehrheit.

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2010/PK0696/PK0696.shtml

→ Familienbericht:

Band I



Band II



Österr. Familienbericht auf einen Blick



PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

**Presse-
Aussendungen**

Plattform EduCare bietet neues Service: Elementarpädagogische Datenbank

Als neues Service bietet die Plattform ab sofort auf ihrer Homepage eine "Elementarpädagogische Datenbank" zu Bildungsplänen, Wissenschaftliche Arbeiten, facheinschlägigen Veröffentlichungen und Dokumenten, Gesetzen, Verordnungen u.a.m. aus dem elementarpädagogischen Bereich. Die Informationen werden laufend ergänzt und vervollständigt.

Die Plattform EduCare - eine Arbeitsgemeinschaft von Pädagoginnen und Pädagogen, Trägerorganisationen, Interessensgemeinschaften, Eltern und engagierten Einzelpersonen aus dem vor- und außerschulischen Bildungsbereich in Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, aktive Bewusstseinsbildung zur Anhebung des

Stellenwertes des elementaren und außerschulischen Bildungsbereiches zu betreiben.

Ein Weg dazu ist die Bereitstellung von facheinschlägigen Information für die interessierte Öffentlichkeit, Politiker, RedakteurInnen u.a.m.

Da Herkunft, Ideologie, Partei, Konfession, pädagogische Lehrmeinung und Schule sowie Trägerorganisationen in der Plattform EduCare keine trennende Rolle spielen sondern wertvolle Grundlage gegenseitigen Gedankenaustausches sind, erfolgen alle Eintragungen auch in diesem Sinne.

Informationen und Anregungen für die Aufnahme von Informationen sind unter der E-Mail-Adresse Informationenpool@Plattform-EduCare.org erbeten.

Die Datenbank ist unter <http://www.Plattform-EduCar.org/arbeiten.htm> im Internet abrufbar.

<http://www.newsmax.de/plattform-educare-bietet-neues-service-news36659.html>

VORSCHULE

Vorstoß gegen die Vorschule

Schulreife. Rund 15 Prozent der Sechsjährigen sind Vorschulkinder. Ein Salzburger Erziehungswissenschaftler möchte das ändern. Die Schulpsychologie rät zur Vorsicht. Schulpflichtige Kinder, die erst knapp vor dem Stichtag 1. September sechs Jahre als werden, sollten trotzdem ganz regulär in die Taferlklasse aufgenommen werden. Dafür plädieren jetzt die Erziehungswissenschaftler Ferdinand Eder und Konrad Dämon von der Universität Salzburg. Sie begründen das mit Detailergebnissen der Leistungsvergleichsstudie TIMSS. Demnach hätten jene Kinder, die erst im Juli oder August geboren wurden, keinen Nachteil, wenn sie in die Taferlklasse einträten. Sie holten den Rückstand gegenüber zeitgleich eingestellten älteren Kindern während der Volksschulzeit wieder auf.

„Ich bin daher prinzipiell dagegen, jüngere Kinder in eine Vorschulklasse auszusondern“, betonte Eder im SN-Gespräch. „Denn das bedeutet nichts anderes, als dass sie ihre Schullaufbahn gleichsam in einer Sonderschule beginnen.“ Er wolle damit nicht die Vorschule „schlechtreden“, sagte Eder, sondern „es gehört vom System her anders geregelt“. Die internationalen Bildungsvergleiche zeigten, „dass integrative Schulen besser sind als Sonderformen, welche immer das sind“. Ein guter Volksschulunterricht sei die beste Förderung für alle Kinder.

Eine Studie in Deutschland hatte ergeben, dass die älteren Erstklassler nach der vierten Klasse Volksschule häufiger (plus zehn Prozent) in ein Gymnasium kommen. „Das hat sich in Österreich nicht bestätigt“, sagt Eder.

Der führende Salzburger Schulpsychologe Ewald Moser stimmt Eder teilweise zu. Es gebe gute Erfahrungen mit „Vorschulkindern“ in der normalen Volksschule. „Bis zu 50 Prozent der zunächst schul-unreif scheinenden Kinder holen in der ersten oder zweiten Volksschulklasse so weit auf, dass sie im Unterricht ohne Weiteres mitkommen.“ Vorschulkinder, die in der Volksschulklasse integriert seien, würden leichter schulreif. „Aber nur, wenn sie gezielt gefördert werden“, sagt der Psychologe. Trotzdem hält Moser die Vorschule für ein sehr wichtiges Vorbereitungsjahr. „Bei der Schulreife geht es nicht nur um das Lernen,

sondern auch um die soziale oder psychomotorische Reife.“ Vor allem bei sechsjährigen Buben fehle es häufig an Aufmerksamkeit und Lernbereitschaft. „Die sind für erste Volksschulklassen, in denen bis zu 25 Kinder sitzen, nicht reif.“ Eine Vorschule sei für diese Kinder meist ein Vorteil, kein Nachteil, stellte Moser im SN-Gespräch fest.

© SN/SW

<http://www.salzburg.com/online/nachrichten/newsletter/Vorstoss-gegen-die-Vorschule.html?article=eGMmOI8VfluR9hhCME68PmyYYDJXLKA2J4s5B6b&img=&text=&mode=>

➔ **Siehe auch: TIMSS – Schülerleistungen in der Volksschule (Mathematik und Naturwissenschaften) - Neue BIFIE-Analysen zu den TIMSS-Daten 2007 im nationalen Expertenbericht**

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

Wege aus der Kinderarmut - Kinder in Alleinerziehenden-Familien

Der Inhalt der Tagung richtet unseren Blick auf Kinder in Ein-Eltern-Familien, die doppelt so hoch von Armut betroffen sind als andere Kinder. Gemeinsam wollen wir Lösungsansätze für den Weg aus dieser Kinderarmut entwickeln.

Die künstlerische Aufbereitung des Themas in bewährter Qualität garantieren das SOG-Theater und Frau Maria Stern, allein erziehende Mutter von 3 Kindern, die sich politisch stark für Verbesserungen einsetzt.

Anmeldungen bitte unter: www.vhs-linz.at oder 0732/70700

Achtung: Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Trotzdem erhalten Sie einen Erlagschein mit einem 0-Betrag zugeschickt, der als Freifahrtsschein für die Linzer Linien an diesem Tag gültig ist.

Weitere Infos finden Sie unter: www.oepa.or.at

Studientag
Freitag, 8.Oktober 2010
9:30 - 16:30 Uhr
Linz, Wissensturm

➔ **Nähere Details siehe in der pdf-Beilage „oepa einladung...“**

Fachtag „Praxisforschung in der Frühpädagogik“. Forschung in der Praxis ... mit der Praxis ...für die Praxis?

**Freitag, den 08.10.2010
8.00 Uhr bis 18.00 Uhr
an der
Evangelischen Hochschule
Freiburg**

➔ Details siehe pdf-Beilagen „Fachtag Praxisforschung...“ und „Tagungskonzept...“

Symposium "Tür an Tür: Vergleichende Aspekte zu Schweiz, Liechtenstein, Österreich und Deutschland"

Das Europäische Forum Alpbach freut sich, das Symposium "Tür an Tür: Vergleichende Aspekte zu Schweiz, Liechtenstein, Österreich und Deutschland" anzukündigen. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit dem Herbert-Batliner-Europainstitut Salzburg, der Stiftung Universität Hildesheim sowie dem Graduate Institute Geneva durchgeführt.

**Termin: 19. Oktober 2010, 10:00 Uhr bis 20. Oktober 2010, 16:00
Ort: Erwin-Schrödinger-Saal, Congress Centrum Alpbach, 6236 Alpbach
Sprache: Deutsch (ohne Übersetzung)**

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Unionsvertrag von Maastricht liegt das Augenmerk von Politik, Medien und Forschung auf europäischen Themen. Vor diesem Hintergrund sind Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen Staaten in Europa aus dem Blick der Geschichts-, Politik- und Sozialwissenschaften geraten. Das Verhältnis zwischen Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und Deutschland - allesamt Staaten in der Mitte Europas - rangiert weder in der realen Tagespolitik noch in Wissenschaft und Forschung der betreffenden Länder an erster Stelle.

Warum das so ist, obwohl die vier Länder miteinander "Tür an Tür" leben, soll diese grenzüberschreitende Konferenz klären. Möglicherweise ist der Grund darin zu suchen, dass die wechselseitigen Beziehungen ohnedies als so selbstverständlich wie "ausgezeichnet" gelten. Hinter dieser Kulisse verbergen sich aber Interessenkonflikte und Meinungsverschiedenheiten in demokratie-, finanz-, integrations-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Hinsicht. Im Rahmen von "Tür an Tür" werden namhafte Persönlichkeiten der vier Länder diese Themen diskutieren.

Das Symposium richtet sich an WissenschaftlerInnen, UnternehmerInnen, PolitikerInnen, InteressenvertreterInnen, JournalistInnen, Studierende und alle

Mitglieder der interessierten Öffentlichkeit.

Teilnahmegebühr: EUR 80,- (inkl. Mittagessen und Kaffeepausen)
Tageskarte: EUR 40,- (inkl. Mittagessen und Kaffeepausen) Studierende bis zum 30. Lebensjahr und UniversitätsassistentInnen bis zum 40. Lebensjahr: Kostenlose Teilnahme

Bitte entnehmen Sie Details zum Programm sowie das Anmeldeformular unserer Homepage: <http://www.alpbach.org/index.php?id=1210>.

Reifeprüfung NEU: mehr Gerechtigkeit – weniger Vielfalt, bessere Vergleichbarkeit – geringerer Anspruch? - Teil 1: Die Aufgabenstellungen in den lebenden Fremdsprachen

Donnerstag, 7. Oktober 2010
Beginn: 18.00 Uhr - Ende: ca. 21.00 Uhr
Kleiner Festsaal
Universität Wien
Dr. Karl-Lueger-Ring

➔ Weitere Informationen siehe in der pdf-Beilage „Einladung Enquete...“

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.